ZEIT ONLINE 18.11.2008 - 14:01 Uhr
[http://www.zeit.de/online/2008/47/gruene-zion]

Grüne

Von Robert Zion

Zwischen Koalitions- und Gesellschaftsvertrag

Auf ihrem Parteitag forderten die Grünen einen "grünen New Deal". Doch das neue Führungspersonal ergeht sich erst mal lieber wieder in Bündnisspielen. Ein Gastkommentar

Es dauerte nur ein paar Stunden, da redete der neue Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir in einem Zeitungsinterview schon wieder von Koalitionsmöglichkeiten mit der CDU, und der Realo-Vordenker Ralf Fücks von Machtoptionen mit der FDP. Es ist wieder ganz so, als ob es auf der vom Parteienforscher Franz Walter beschriebenen politischen „Baustelle Deutschland“ in erster Linie nur darum ginge, wie die Vorarbeiter sich die Bautrupps zusammenstellen. Und nicht vielmehr darum, an was denn nun eigentlich gebaut werden soll.

An anderer Stelle gestand Fücks zu, dass der Realo-Flügel der Grünen „keine handlungsfähige Kraft mehr ist, die weiß, was sie will“, und dass die "linken Strömungen" nicht nur besser organisiert seien, sondern auch angriffslustig für ihre Positionen kämpften. Sicher, dies alles könnte als Ausdruck von Binnenkonflikten der Partei gedeutet werden, die kaum jemanden interessieren. Doch spätestens dann, wenn sich die Grünen bis in den kleinsten Ortsverband hinein den kommenden Wahlkämpfen zu stellen haben, könnte diese Disparität zwischen Personalisierung, koalitionstaktischer Beliebigkeit und inhaltlicher Verflachung auf der einen und untergründigen Strömungskämpfen und inhaltlicher Neufaufstellung auf der anderen Seite zum Problem werden.

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich die Parteispitze dieses Problems nicht bewusst gewesen wäre. Mit einer recht amerikanisierten Inszenierung hat sie daher in Erfurt versucht, die Partei hinter dem neu gewählten Spitzenpersonal zu versammeln. Unübersehbar waren die Anleihen bei Obama und den US-Demokraten, bis in die Dramaturgie und die Wortwahl hinein: "Yes we Cem". Dass bei alledem die programmatischste und politischste Rede, die der wieder gewählten Parteivorsitzenden Claudia Roth, die ihr das beste Ergebnis bescherte, eher unterging, ist symptomatisch für den Grundwiderspruch, in dem sich nicht nur die Grünen, sondern die gesamte deutsche Parteiendemokratie befindet.

Denn alle wollen regieren und politische Verantwortung übernehmen. Nur die Frage des Warum traut sich keine Partei mehr in letzter Konsequenz zu beantworten. (Ein Widerspruch, dessen sich die Linkspartei übrigens dadurch entledigt, dass sie im Bund gar nicht regieren will.) Es scheint ganz so, als ob

sich dieses Land nur noch Führungs- und Verwaltungspersonal aus den Parteien zusammenstellt; als ob die Frage der politischen Durchsetzung unterschiedlicher Gesellschaftsmodelle, für die einst Personen wie Ludwig Erhard, Willy Brandt oder Petra Kelly standen, überhaupt keine Bedeutung mehr hat.

So entwickeln die Parteien vielleicht noch Verkaufsstrategien für ihre jeweilige "Marke", die aber nicht viel mehr sind als bloßes Werben um Wählerstimmen. Zwar ist seit Jahren in allen Parteien bekannt, dass wesentliche Grundannahmen der alten Arbeitsgesellschaft, des Sozialstaates und der Industriegesellschaft in sich zusammenfallen. Das Wagnis neuer Begriffs- und Zielsetzungen aber scheint keine von ihnen wirklich eingehen zu wollen oder zu können.

Denn CDU, SPD und FDP, die Vertreter der drei klassischen politischen Grundströmungen, haben mit ihren in den letzten Jahren versuchten Erneuerungsprozessen Schiffbruch erlitten. Sowohl der Neokonservativismus als auch der Neoliberalismus und "New Labour", also der sogenannte "dritte Weg" von Schröder und Blair, sind gescheitert.

Nach Bush, der Finanzkrise und Hartz IV wissen wir, dass hinter all dem "Neo" gar nicht so viel Neues stand, sondern im Grunde eine Radikalisierung der jeweiligen Grundannahmen auf der Basis mangelnder programmatischer Erneuerungsfähigkeit – von der Marktfixierung der CDU und der FDP bis zum protestantischen Arbeitsethos der SPD ("Fördern und Fordern").

Für die Grünen aber, deren besonderes Merkmal es schon immer gewesen ist, dass sie Vertreter aller drei politischen Grundströmungen in sich vereinigt haben, kann diese Entwicklung sowohl eine große Chance als auch ein erhebliches Risiko bedeuten.

Eine Chance wäre es, wenn sich Konservative, Liberale und Linke in der Partei nun entschlossen zusammenraufen und die gemeinsame Programmatik in eine eigenständige Begrifflichkeit übersetzen würden. Ein Fehler wäre es hingegen, wenn sie sich lediglich nur weiter als jeweiliges Scharnier zu den anderen Parteien verstünden.

Die auf dem Parteitag verabschiedeten Konzepte eines "grünen New Deal" und eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ könnten das Signal eines neuen Aufbruchs sein. Um aber aus diesen bei Franklin D. Roosevelt und Jean-Jacques Rousseau entlehnten großen Worten tatsächlich politisch wirksame Begriffe zu machen, bedarf es weit mehr.

Es bedarf jetzt – auch und gerade in Wahlkämpfen – des Mutes, die differenzierte Programmatik der Grünen in ein geschlossenes, überzeugendes Konzept zu übersetzen, um die Partei wieder längerfristig aufzustellen und zu orientieren. In der Energie-, Klima- und Wirtschaftspolitik ist dies in Erfurt sogar gelungen. Die dort gefassten Beschlüsse fordern nach dem jähen Ende des Monetarismus einen ökologischen Keynesianismus, der die nun notwendigen staatlichen Investitionen in einen Umbau der Industriegesellschaft lenken will: weg von den fossilen Energieträgern, hin zu einer neuen Wertschöpfungsbasis aus Bildung, Sozialem

und öffentlichen Gütern, Gesundheit und Pflege, ökologischen Dienstleistungen und Produkten, Kultur und Wissenschaft.

Damit schließen die Grünen an ihre Hauptforderungen seit ihrem Bestehen an. Wer aber in diesen Zeiten tiefer Krisen bloß um des Regierens Willen regieren will und keinen Mut zeigt, wirkliche Alternativen zu entwickeln und anzubieten, die an die Ursachen gehen; wer die jetzt notwendigen Veränderungen nicht ökologisch und sozial gerechter gestalten will, der sägt nur weiter an den Fundamenten unserer Parteiendemokratie.

Darum sollten die Grünen noch vor der Bundestagswahl wissen, was sie eigentlich wollen: ein neues, gesellschafts- und parteiübergreifendes, nach vorne weisendes Projekt, oder nur eine schlichte Mitbeteiligung am immer ratloser werdenden Verwaltungspersonal dieser Republik.

Robert Zion ist Grünen-Politiker aus Nordrhein-Westfalen. Er gehört zum linken Flügel der Partei.

Zum Thema

ZEIT ONLINE 47/2008: "Die SPD hat Koch einen Elfmeter geschenkt"
Hessens Grünen-Chef Al-Wazir geht auf Abstand zu Ypsilantis Partei. Nach der Landtagsneuwahl schließt er weder ein Jamaika-Bündnis noch Rot-Rot-Grün aus. Ein Interview
[http://www.zeit.de/online/2008/47/hessen-gruene]

ZEIT ONLINE 47/2008: Özdemir offen für Schwarz-Grün im Bund
Der neue Grünen-Vorsitzende kündigt einen härteren Oppositionskurs an. Nach der Bundestagswahl sieht er neue Koalitionsmöglichkeiten
[http://www.zeit.de/online/2008/47/schwarz-gruen]

ZEIT ONLINE 47/2008: Grüne stehen hinter Özdemir und strafen Fritz Kuhn ab
Mit der Wahl Cem Özdemirs zum Bundesvorsitzenden treffen die Grünen eine historische Entscheidung. Fraktionsvorsitzender Fritz Kuhn dagegen fällt bei der Wahl durch.
[http://www.zeit.de/online/2008/47/gruenenparteitag-kuhn-oezdemir]

ZEIT ONLINE 47/2008: Sehnsucht nach Wechsel
Ein Parteitag mit Blasmusik, Green New Deal und Antiatomkraftprotesten: In Erfurt haben Bündnis90/ Die Grünen ihre Zukunft in der Vergangenheit gesucht. Ein Kommentar
[http://www.zeit.de/online/2008/47/gruenenparteitag-abschluss]

ZEIT ONLINE